

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK, Leitartikel

Revolte rückwärts

Warum der Kanzler vor den SPD-Frondeuren nicht zurückweichen darf

* Josef Joffe *

Manchmal sind die Dinge schmerzhaft einfach, zum Beispiel wenn der Kanzler seiner Partei im Spiegel-Interview vorhält: "Die Durchsetzung (meiner) Agenda 2010 ist ein Testfall für die Regierungsfähigkeit der Partei mindestens für dieses Jahrzehnt." Etwas deutlicher an die "Zwölferbande" der Rebellen, die ihm den Sonderparteitag am 1. Juni aufgedrückt hat: Sie möge "nicht das Wünschbare für die Wirklichkeit" halten. Denn: "Es hat keinen Sinn, die Realität auszublenden."

Diese einzublenden heißt, einen Film einzulegen, der so vertraut ist wie die allösterliche TV-Darbietung von Cecil B. De Milles Zehn Geboten. Und doch ist die Wiederholung nützlich. Also: Es steht nicht gut um dieses Land. Die Arbeitslosigkeit ist fast auf Rekordhöhe, das Wachstum fast bei null. Nach jedem Aufschwung kommen weniger Jobs zurück, als im Abschwung verloren gegangen sind. Die deutschen Löhne sind die höchsten der Welt, aber die munter wachsende Produktivität, die einst die Lohnstückkosten im Zaum hielt, ist wie die Vollbeschäftigung ein Segen von gestern. Seit 1970 hat sich die Langzeitarbeitslosigkeit mehr als verdoppelt: von 25 auf 55 Prozent der Gesamtgröße. Die Staatskassen sind nicht bloß leer, sondern leck.

Alles kann so bleiben, wie es ist?

Und was ist das Rezept der Rebellen? Sie sagen wortreich nein zur Kanzler-Agenda 2010. Nein zu

"Kürzungen bei Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und Krankengeld". Nein sagt auch die etwas moderatere Parlamentarische Linke (PL). "Wir halten am Kündigungsschutz fest", hieß es trotzig am 17. April. Und wozu sagen beide ja? Zum altsozialdemokratischen Projekt von noch mehr Staat, Schulden und Steuern: Ein "Investitions- und Innovationsprogramm" muss her, die "öffentlichen Investitionen" seien "mit Nachdruck zu stärken" - so, als mangle es diesem Land an Autobahnen und Krankenhausbetten.

Tatsächlich aber fehlt zweierlei. Einmal, ganz schlicht, der staatliche Reichtum, der bekanntlich nur blüht, wenn auch das Bruttosozialprodukt gedeiht. Zum Zweiten, und wichtiger, eine "Kultur des Wandels". Wir haben so viele Kulturen, von der Streit- über die Toleranz- bis zur Friedenskultur. Aber eine Kultur des Wandels, die Schröder anmahnt, wenn er etwa den Gewerkschaften zuruft: "Ihr werdet es nicht schaffen, wenn ihr glaubt, dass alles so bleiben könnte, wie es ist" - sie ist so rar wie ein Eisbär am Südpol.

Gewiss hat dieses Land in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts den Wandel stets als Trauma erlebt; was Wunder, dass "Berechenbarkeit" ein deutsches Lieblingswort geworden ist. Doch liegt das allergrößte Trauma inzwischen fast ein Menschenalter zurück. Wer in dieses Land von außen hineinblickt, sieht "objektiv" ein sehr glückliches Gemeinwesen -

ohne jene "Dysfunktionalitäten", die andere plagen: labile Regierungen, Klassen- oder Nationalitätenstreit, Staatsversagen oder gar überbordende Kriminalität. Vor allem ist dieses Land unsäglich reich. Private Haushalte besitzen ein Geldvermögen (vom Konto bis zur Lebensversicherung) von 3,65 Billionen Euro - fast das Doppelte des Bruttosozialprodukts. Und die Schlechtestgestellten? Die kriegen bis zu 32 Monate lang ein Arbeitslosengeld, das sich am letzten Nettoverdienst ausrichtet. Die Sozialhilfe kann für eine Familie von vier an die 1500 Euro (netto; Bares und Beihilfen) ausmachen. So manche Doppelverdiener-Familie in Amerika und England kann von derlei Summen nur träumen.

Was will Schröder diesem Land denn zumuten? Nein, keinen "Sozialabbau", keine Revolution von rechts. Er will die Largesse des Staates, die, gemessen an der Transferquote, in den letzten 50 Jahren von 17 auf 34 Prozent hochgeschwungen ist, etwas weniger großzügig fließen lassen: kürzere Maximallaufzeiten fürs Arbeitslosengeld (von 32 auf 18 Monate bei den Älteren), Reduzierung der Arbeitslosenhilfe auf den Sozialhilfesatz, Auflockerung des Anbieterkartells auf dem Gesundheitsmarkt plus mehr Selbstbeteiligung, ein paar Kratzer am Felsen des Kündigungsschutzes - etwas mehr Freiheit für Kleinbetriebe, etwas mehr Spielraum bei betriebsbedingten Kündigungen.

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Ist das die soziale Ungerechtigkeit, wie Schröders Quälgeister wähen? Nur wenn man Gerechtigkeit mit der Heiligsprechung des Bestehenden gleichsetzt - oder mit noch mehr staatlichen Wohltaten. Gerechtigkeit ist aber nicht "so viel wie immer" oder gar "mehr", zumal in jedem hoch entwickelten Wohlfahrtsstaat die Umverteilung hauptsächlich innerhalb der Mittelschicht stattfindet. Wir haben uns angewöhnt als "gerecht" zu betrachten, was die Besitzenden schützt, also jene, die einen Job (eine Wohnung, Subvention, Steuervergünstigung) schon haben. Die Sache geht aber noch tiefer.

Was ist gerecht an einem Arbeitsmarkt, der so viele Menschen so systematisch ausschließt? An einer "Verschwörung", mit der Deutschland jahrzehntelang sehr gut gefahren ist: Die Gewerkschaften treiben die Löhne nach oben, zumal die für niedrig qualifizierte Arbeit; die Unternehmer ersetzen Muskelkraft durch Maschinen. Beispiel: 1970 stand in Deutschland und Holland der Index der Realstundenlöhne bei 100; heute steht der holländische bei 130, der deutsche bei knapp 180. Dabei musste das Lohnkartell kein schlechtes Gewissen haben, weil die Verlierer in ein weiches soziales

Netz fielen. Bloß ist diese "Reservearmee" auf fast fünf Millionen Arbeitslose und noch einmal 2,7 Millionen Sozialhilfeempfänger angeschwollen. Die Rechnung geht nicht mehr auf.

Gürtel enger - beim anderen!

Nun aber eine andere Rechnung (laut HypoVereinsbank): Würde der Sozialbeitragssatz um drei Prozentpunkte gesenkt, gäbe es 2006 eine halbe Million mehr Jobs. Fünf Punkte? Eine ganze Million mehr. Oder so: Drei Prozent mehr Solidarität durch-Verzicht! bei den Arbeit habenden gleich zehn Prozent weniger Arbeitslose - kein schlechtes Geschäft im Sinne sozialer Gerechtigkeit.

Das politische Problem aber liegt nicht nur bei der "Zwölferbande", sondern auch bei Schröder selbst, wie die spröde Sprache seiner Agenda zeigt. Auch wer nur kleine Opfer fordert, muss eine große Vision anbieten. Sonst greifen die Leute nur zum Taschenrechner und murren: Den Gürtel enger schnallen? Aber bitte beim anderen! Neben "Basta!" ist "Pathos liegt mir nicht" Schröders Lieblingsfloskel. Ohne Pathos aber kann kein Kanzler das Nullsummenspiel knacken, das er selbst so

beschrieben hat: Es sei "keine rationale Politik", wenn man als Sozialdemokrat "eine unabweisbare Aufgabe nur dann in Angriff nehmen" dürfe wenn man "anderen auf den Deckel haut". Wer das Rationale will, muss das scheinbar "Irrationale" verkaufen - eben eine Vision, die das Tal der zwei, drei Tränen erträglich macht.

Dabei ist das Volk schon weiter. Die Hälfte meint, dass die Gewerkschaften, die sich in die Anti-Schröder-Fronde eingereiht haben, zu viel Einfluss hätten; vier Fünftel glauben, dass sie "flexibler sein sollten". Im Blick auf den Sonderparteitag: Die Hälfte will, dass die SPD die Reformpläne "unterstützt", nur ein Drittel, dass sie diese "stoppt". Besser ist es dem Wackelkanzler in der Wählergunst nur bei seinem Feldzug gegen den Irak-Krieg gegangen, aber dieses Kapital ist verbraucht. Jetzt darf er sich seine timiden Reformen nicht verwässern lassen. Denn es geht nicht nur um "Regierungsfähigkeit"; die hat auch die Opposition. Es geht um die Zukunftsfähigkeit eines Landes, das Besseres verdient hat als knapp acht Millionen Menschen, die von "Stütze" und Sozialhilfe leben. Und mit null Wachstum.